

vbb magazin

3

März 2021 • 60. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr

Nicht nur mehr Geld

Seite 9 <

Interview mit
Frau Präsidentin
BAIUSBw
Hauröder-Strüning

Seite 11 <

Bundesbeamte:
Besoldung und
Versorgung sollen
zum April angepasst
werden



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder und Gastleser,*

mehr Geld für die Bundeswehr! Pressemeldungen zufolge hat die Bundeswehr Rekordausgaben für das Jahr 2020 an die NATO gemeldet und wird diesen Rekord im Jahr 2021 noch übertreffen. Das verdanken wir wesentlich der zivilen Bundeswehrverwaltung und ihren Partnern, das darf nicht verschwiegen werden.

Mehr Geld ist nicht genug! Weitaus mehr Geld wird benötigt, um nicht nur das berühmte Zwei-Prozent-Ziel der NATO endlich zu erreichen, sondern um die Bundeswehr wieder angemessen auszustatten. Was ist angemessen? Die Bundesministerin und der Generalinspekteur haben sich deshalb

Gedanken zur Zukunft der Bundeswehr gemacht. Das klingt spektakulär, ist aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Mehr Geld für die Zivilbeschäftigten des Bundes! In harten Einkommensverhandlungen das bestmögliche Ergebnis auszuhandeln ist das eine, die dazugehörigen Tarifverträge und das entsprechende Bundesbesoldungs- und Bundesversorgungsanpassungsgesetz sind das andere. Ich hoffe sehr, dass das Ergebnis baldmöglichst umgesetzt ist. Genug Geld für die Zivilbeschäftigten? Wie so oft werden manche mit diesem Ergebnis nicht glücklich sein und haben an der einen oder anderen Stelle deutlich mehr erwartet. Aber wie so oft ist das Ergebnis das Produkt langer, hartnäckiger Verhandlungen des dbb beamtenbund und tarifunion mit der sogenannten Arbeitgeberseite, die eine ganz andere Zielsetzung verfolgt. Ein Kompromiss muss beide Verhandlungspartner zufriedenstellen und ich meine, der dbb beamtenbund und tarifunion hat das bestmögliche Ergebnis erzielt. Dafür bin ich unseren Verhandlern dankbar, besonders dann, wenn Unbeteiligte den Erfolg für sich reklamieren wollen. Selbstverständlich hätten unserer Spitzenvertreter als Vollblutgewerkschaftler liebend gerne noch bessere Ergebnisse präsentiert, das ist doch klar. Nicht vorstellen möchte ich mir dagegen den Zustand, wenn sich schwache Einzelgewerkschaften mit Partikularinteressen gegenüber starken Arbeitgebern verteidigen müssten. Dann hätten wir ganz andere Ergebnisse zu akzeptieren!

Genderhinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag, Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 33,60 € zzgl. 7,20 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,80 € zzgl. 1,40 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62** (dbb magazin) und **Preisliste 46** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage:** dbb magazin: 571 338 (IVW 4/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

>	Videokonferenz des MdB Oster mit der Bundesministerin der Verteidigung Kramp-Karrenbauer zum Standort Koblenz-Lahnstein	5
>	Statement VBB zum Positionspapier „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“	6
>	Zurück zur Sache	6
>	Zukunft Bundeswehr?	8
>	Interview mit Frau Präsidentin BAIUDBw Hauröder-Strüning	9
>	Bundesbeamte: Besoldung und Versorgung sollen zum April angepasst werden	11
>	Neues zur Bundeslaufbahnverordnung (BLV) § 27	12
>	Bund schließt Rahmenvereinbarung für Jobticket ab	12
>	Fahrrad und Dienst ist gleich Dienstfahrrad?	13
>	Perspektiven zur Digitalisierung – Ein Insider informiert	15
>	Sonderurlaub beziehungsweise Arbeitsbefreiung anlässlich akuter Katastrophen	17
>	Aus dem HPR	18
>	Wissenswertes für Senioren	18
>	Bundesschwerbehindertenvertretung	19
>	Seminare	20
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	21
>	Personalnachrichten	25

>	gastbeitrag Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat	27
>	beamte Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes	28
>	volksbegehren Mitbestimmung auch in Krisenzeiten	30
>	frauen Novellierung des Eltern- und Elterngeldgesetzes Verbesserungen mit Luft nach oben	33
>	senioren	34
>	gesundheitspolitik Pflegerreform 2021	35
>	online	40
>	dbb akademie	42
>	interview Marian Wendt, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages	46

Die geballte Faust in der Tasche und Wut im Bauch?

Natürlich ist es mehr als ärgerlich, dass der Einstieg in die Rückführung der Wochenarbeitszeit, also das Ende von 41-Stunden-Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte, in die nächste Legislatur verlagert wurde. Der selbsternannte Beamtenfreund *Seehofer* hätte bei einem Entgegenkommen in der Sache sicherlich sehr viele Beamten als neue Freunde bekommen, aber als Bundesinnenminister ließ er diese große Chance ungenutzt. Schade drum! Damit ist die gemeinsame Forderung der Bundesbeamtenverbände aber noch lange nicht erledigt.

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf

Das Wohlergehen unserer Mitglieder liegt mir besonders am Herzen, dabei helfen mir besonders unsere Personalräte vor Ort. Darüber hinaus betrachte ich gemeinsam mit den Personalräten und den VBB-Funktionsträgern sehr aufmerksam die Entwicklung der politischen Lage im Superwahljahr. Auf verschiedenen Ebenen finden konstruktive Gespräche statt, damit die Wehrverwaltung nicht unter die Räder kommt, also nicht von politischen Fehlentwicklungen überrollt wird. Da bleibt die gesamte Bundesleitung sehr wachsam! Neben der verteidigungspolitischen Dimension verdeutliche ich gezielt die regionale Dimension für die jeweiligen Standorte im Hinblick auf Kaufkraft und Entwicklung. Verteidigungspolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Zumindest in Rheinland-Pfalz nimmt dies nicht nur der Innenminister sehr ernst. Wir bleiben im Gespräch.

Zurück zu Bundeswehrinterne. Unsere Positionen waren

und sind klar, die Positionen der wahlkämpfenden Parteien werden immer klarer. Für Sie, liebe Mitglieder, setzen wir uns mit Vehemenz ein, damit „rote Linien“ aufgezeigt werden und akzeptable Handlungsoptionen entwickelt werden.

Interview mit der Präsidentin Hauröder-Strüning

Tragende Säulen der Wehrverwaltung sind die großen Bundesoberbehörden. Wer diese Säulen schwächt, destabilisiert die ganze Bundeswehr, das muss der Politik klar sein. Mir kommt es darauf an, die manchmal unterschätzte Bedeutung dieser Säulen hervorzuheben. Wer könnte dies besser als die Frau an der Spitze der Säule? Nachdem wir die Präsidentin des BAPersBw *Grohmann* im Interview hatten, darf ich nun die Präsidentin BAIUDBw *Hauröder-Strüning* als Interviewpartner präsentieren.

Fahr mit dem Rad

Noch mehr als in anderen Jahren freue ich mich in diesem Jahr ganz besonders auf den Frühling. Die ersten warmen Sonnenstrahlen drücken in freier Natur bewegen das Herz und beflügeln den Geist. Wer die Möglichkeit hat, wird vielleicht darüber nachdenken, alternativ mit dem Fahrrad den Arbeitsweg zurückzulegen. Das ist gut für die Gesundheit, gut für die Umwelt und liegt absolut im Trend. Gute Fahrräder haben allerdings ihren Preis, die Nachfrage bleibt hoch. Ihr Nachbar hat ein schickes E-Bike als JobRad vom Arbeitgeber, als Leasing-Modell zu sehr attraktiven Bedingungen, erzählt er Ihnen. Ach, beim Arbeitgeber Bundeswehr gibt es das nicht, wie schade, bekommen Sie süffisant zu hören. Wo es doch so schön und so preiswert ist. Ja, wenn das so toll ist, warum

haben wir dieses Angebot nicht auch bei der Bundeswehr, fragen Sie sich. Einige an der Sache interessierte Mitglieder haben auch beim VBB nachgefragt, denn im Thema ist in mehrfacher Hinsicht Bewegung. Als passionierter Radler bin ich der scheinbar einfachen Frage nachgegangen und habe den aktuellen Stand aus verschiedenen Quellen zusammengetragen. Lesen Sie den überraschend umfangreichen Beitrag und wundern Sie sich an den richtigen Stellen.

Vom JobRad zum JobTicket

Es soll nicht nur bei der Bundeswehr Beschäftigte geben, die keine vernünftige Möglichkeit haben, den Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurückzulegen. Diese nach wie vor sehr große Anzahl von Menschen ist auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen und darf diesen in vollen Zügen genießen, wenn nicht das private Fahrzeug benutzt wird. Der häufig recht teure ÖPNV ist eine umweltfreundliche Alternative, die mit einem Jobticket finanziell deutlich attraktiver gestaltet werden kann. Nun hat der Bund eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen und gesetzlich die Möglichkeit eröffnet, einen Arbeitgeberzuschuss unabhängig von der Statusgruppe zu gewähren. Zusammen mit unseren Personalräten arbeiten wir daran, dass unser Ressort das Momentum nutzt. Lesen Sie mehr im Heft über diese erfreuliche Entwicklung.

Die Nachfrage nach IT explodiert regelrecht

Die Technik für Homeoffice fehlt, überschrieb diese Tage die Tageszeitung Rheinpfalz einen Beitrag zur Lage in der öffentlichen Verwaltung. Alle reden von der Digitalisierung, unsere Mitglieder

auch! Der Aufruf zum maximalen Homeoffice zeigt, dass eben nicht alle Beschäftigten optimal mit mobiler IT ausgestattet sind und auch dass die Prozesse noch nicht durchgehend digitalisiert sind. Wer besser werden will, muss seine Schwächen kennen, aber sich seiner Stärken bewusst sein. Die Verbesserung der Digitalisierung verläuft rasant, aber die Erwartungen an den Fortschritt sind zwangsläufig sehr hoch. Es reicht deshalb nicht, die sehr starke, aber in Teilen noch mangelnde Bedarfsdeckung zu beschimpfen. Die Zusammenhänge und die Lösungsansätze sind leider sehr komplex und letzten Endes bedarf es eines strategischen, neuangepassten Ansatzes. Zum Beispiel die Änderung des Ausstattungskonzeptes hin zu maximaler Mobilität. Ebenso müssen Digitalisierungsversäumnisse nachgeholt werden, wie es eben auch in vielen anderen Behörden und Unternehmen momentan ansteht. Dabei muss allerdings immer das Machbare im Vordergrund stehen. Aktuell sind beispielsweise IT-Hardware oder Serverkapazitäten stark limitiert, weil eben alle nachholen müssen. Ein Insider hat seine Gedanken zur Digitalisierung bei der Bundeswehr zu Papier gebracht und das soll Ihnen nicht vorenthalten werden.

Sie sehen, der VBB ist an vielen Stellen und Themen aktiv. Ich stimme Werner von Siemens zu: „Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, sondern mit den Augen die Tür zu finden.“ Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen



Dr. Hans Liesenhoff,
Bundesvorsitzender

Videokonferenz des MdB Oster mit der Bundesministerin der Verteidigung *Kramp-Karrenbauer* zum Standort Koblenz-Lahnstein

„Koblenz-Lahnstein ist mit rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbediensteten der größte und vielleicht wichtigste Standort Deutschlands“, so der Bundestagsabgeordnete *Josef Oster*, der auch stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses ist und Gastgeber dieser gelungenen Veranstaltung war. In der sehr gut besuchten Videokonferenz stand als hochrangige Vortragende die Bundesministerin der Verteidigung, *Annegret Kramp-Karrenbauer* Rede und Antwort. Teilgenommen haben auch der Bundesvorsitzende *Dr. Liesenhoff*, Mitglieder der Bundesleitung VBB sowie des Bundesvorstands VBB, Personalräte des BAAINBw und interessierte Gäste.



und Bürger zog MdB Oster ein ausnahmslos positives Fazit der Videodiskussion: Neben einem deutlichen Personalaufwuchs – gesucht werden beispielsweise viele hochqualifizierte Fachkräfte – wird auch kräftig in die Infrastruktur investiert. „Das klare Bekenntnis der Verteidigungsministerin zum Standort Koblenz-Lahnstein festigt die Beziehung zwischen Bundeswehr und unserer Region. AKK baut auf die Arbeit am Standort Koblenz-Lahnstein.“

AKK-Bekenntnis festigt auch Bindung zwischen Bundeswehr und Region

In Richtung aller am Standort stationierten Soldatinnen, Soldaten und zivilen Beschäftigten sendete die Bundesverteidigungsministerin ein eindeutiges Signal: „Das, was hier in unterschiedlichsten Funktionen geleistet ist, verdient allergrößten Respekt.“

Als stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses, als Koblenzer Abgeordneter, Stadtratsmitglied



Statement VBB zum Positionspapier „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“

Der VBB begrüßt ausdrücklich den Ansatz von Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Bundeswehr zukunftsfest zu machen.

Das Positionspapier befasst sich im Wesentlichen mit sicherheitspolitischen und militärischen, ansatzweise mit Rüstungsfragen. Im Zuge der Prüfungen sollen auch die zivilen Bereiche genau untersucht werden.

Gerne möchte der VBB einen Beitrag dazu leisten, dass auch die Bundeswehrverwaltung zukunftsfest wird. Die getroffenen Festlegungen des Positionspapiers lassen bereits jetzt Auswirkungen auf die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr erkennen.

Im Einzelnen:

1. Der Fokus der Streitkräfte soll neben der Bündnisverteidigung wieder stärker auf der Landesverteidigung liegen.

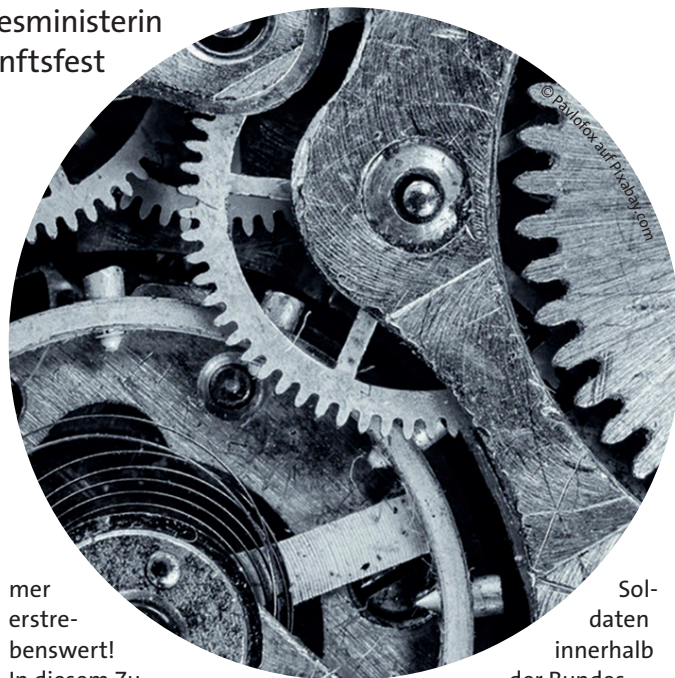
Der VBB begrüßt das, weil dies der unverändert geltende ursprüngliche Auftrag des Grundgesetzes an die Streitkräfte – niedergelegt in Art. 87a Grundgesetz – ist.

2. Um Menschen mit vielfältigen Talenten und hoher Motivation zu gewinnen, sollen unter anderem attraktive Laufbahnen angeboten werden.

Auch diese Forderung unterstützt der VBB nachdrücklich. Es kann für junge Frauen und Männer, die sich für einen Dienst in den Streitkräften entscheiden, sicherlich nichts attraktiver sein, als auch tatsächlich eine militärische Laufbahn und Karriere innerhalb der Streitkräfte zu absolvieren. Ebenso wünschen sich Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte adäquate Verwendungen in der Bundeswehrverwaltung mit entsprechenden Karrieremöglichkeiten.

3. Die Truppe soll wieder gestärkt werden und der Stabslastigkeit der Bundeswehr soll entgegengewirkt werden.

Auch hier stimmt der VBB zu. Schlanke Strukturen sind im-



mer erstrebenswert! In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass in den letzten Jahren sowohl im BMVg als auch auf Ebene der großen zivilen Bundesämter intensive und sehr zeitaufwändige Organisationsprüfungen durch externen Dienstleister stattgefunden haben. Nicht Gegenstand der Überprüfung war allerdings, ob eine Wahrnehmung der Aufgaben durch Soldatinnen und

Soldaten innerhalb der Bundeswehrverwaltung sinnvoll und verfassungsgemäß ist.

Im Organisationsbereich Personal sind zurzeit 45 Prozent aller Führungsdienstposten ab Besoldungsgruppe A 16 aufwärts militärisch besetzt. Verdrängungseffekte gibt es auch im mittleren und gehobenen Dienst.

Es bleibt also viel zu tun! Der VBB ist dabei!

Zurück zur Sache

Corona macht offensichtlich kreativ. Vielleicht wirft auch die Bundestagswahl ihre Schatten voraus und man lässt wahlkampf- oder koalitions-sondierende Versuchsballons aufsteigen, um zu prüfen, wie groß die Empörung ist. Zurückrudern ist ja immer noch möglich!

Nur so lässt es sich erklären, dass in den letzten Monaten Ideen sprießen, die mit den Vorgaben des Grundgesetzes (GG) nicht im Einklang stehen. Soldatinnen und Soldaten sol-

len vermehrt die Leitung von zivilen Ämtern der Bundeswehrverwaltung übernehmen oder der Generalinspekteur soll bis hin zur Gleichstellung mit einem beamteten Staats-

sekretär gestärkt werden. Besonders interessant ist die Tatsache, dass sogar eine Idee aus dem Waffenarsenal der AfD Eingang in die Forderungen einer bisher dem Rechtsstaat verpflichteten Partei gefunden hat. Während die AfD sich 2019 in ihrem Grundsatzpapier „Streitkraft Bundeswehr“ mit der Forderung nach der Einführung eines Generalstabes begnügt, strebt die FDP nun sogar die Errichtung eines „Generalführungsstabes“ an.

Welche Allianzen werden hier geschmiedet? Wer hat hier der FDP die Feder geführt? Kann dies als Koalitionsangebot verstanden werden?

Es ist eigentlich ganz einfach: Die Verfassung legt eine organisatorische und personelle Trennung von Streitkräften einerseits und Bundeswehrverwaltung andererseits fest. Dem interessierten Kreis muss der historische und über die Jahrzehnte diskutierte Hinter-

grund nicht erläutert werden. Mit dem Dresdner Erlass von 2012 wurde diese Trennung aufgeweicht, und zwar in eine Richtung: Soldatinnen und Soldaten übernehmen zivile Aufgaben.

Wenn man sich jedoch entschließt, von den Vorgaben des Grundgesetzes abzuweichen, so kann dies nur aus gewichtigen Gründen unter Abwägung verschiedener Wertungen des Grundgesetzes geschehen. Nicht nur die aktuelle personelle Fähigkeitslage in den Streitkräften lässt große Zweifel aufkommen, dass der verfassungsrechtliche Auftrag der Streitkräfte, der Verteidigung des Landes zu dienen, gestärkt wird, wenn gleichzeitig Aufgaben der Bundeswehrverwaltung übernommen werden.

Abgekürzt lässt sich feststellen, dass in keinem der bisher veröffentlichten Papiere auch nur der Versuch unternom-

men wurde, zu begründen, warum Soldatinnen und Soldaten entgegen den Vorgaben des Grundgesetzes Aufgaben der Bundeswehrverwaltung übernehmen sollten. Die Begründungspflicht hierfür liegt bei denjenigen, die solches fordern und nicht bei denjenigen, die ihren verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllen möchten.

Insbesondere die Forderung der FDP, dass der Generalinspekteur einem beamteten Staatssekretär gleichgestellt

werden soll, stellt einen Bruch mit den Ideen der Väter und Mütter des GG dar. Sie widerspricht der Vorgabe einer zivilen Führung von Bundesministerien durch die Bundesminister/-innen und ihre Vertreter, den beamteten Staatssekretären und Staatssekretärinnen. Die Forderung, den Staatssekretären und Staatssekretärinnen im BMVg nur noch die Verantwortung für Haushalt und Ausrüstung, nicht aber mehr für Personal und Infrastruktur zuzubilligen, steht so offenkundig im Wer-

tungswiderspruch zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben von Art. 87b GG, dass man dies nur mit (Er-)Staunen zur Kenntnis nehmen kann.

Eine Demokratie lebt vom Diskurs und der inhaltlichen Auseinandersetzung. Als Interessensverband der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr bringen wir uns gerne ein. Aber bitte, kehrt zurück zur Sache, und seid nicht blind auf dem zivilen Auge! Wägt eure Forderungen ab, wenigstens ansatzweise! ■



Zukunft Bundeswehr?

Die FDP hat im Januar 2021 wesentliche Programmpapiere zur Zukunft der Bundeswehr veröffentlicht: „Moderne Führungsstrukturen für das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr“ sowie ein Programm zur Reform des Rüstungsmanagements: „Moderne Ausrüstung, effiziente Verwaltung – Beschaffungsprozess der Bundeswehr reformieren“.



© InstagramFOTOGRAFIN auf Pixabay.com

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) begrüßt ausdrücklich, wenn sich die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien engagiert für Verbesserungen in Organisation und Ausrüstung der Bundeswehr einsetzen.

Bei einer komplexen Organisation wie der Bundeswehr ist es auch richtig, sämtliche Prozesse zu beleuchten. Es ist auch nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich zu begrüßen, wenn konkrete Vorschläge, wie in den Programmen der FDP, erfolgen. Es gehört zu einem erfolgreichen offenen Diskurs auch, wenn neben Vorschlägen, die selbstverständlich die Zustimmung des VBB finden würden, auch so manch Bewährtes zur Diskussion gestellt wird.

Unsere Zustimmung finden natürlich insbesondere die Vorschläge, die es sowohl der ministeriellen Führung als auch unserer Beschaffungsorganisation erlaubt, die eigene Arbeit effizienter zu gestalten. Unsere Sympathie gilt daher in der Beschaffungsorganisation ganz besonders den Vorschlägen, die sich auf Erleichterungen

nationaler und europäischer gesetzlicher Regelungen mit Bezug zur Beschaffung stehen, also im parlamentarischen Raum zu lösen sind.

Die Vorschläge, auch zur neuen Führungsorganisation, sind im Wesentlichen bekannt. Sie sind ein geballtes Konglomerat von Programmen und Ideen, die in den letzten Jahren zum Teil intensiv in Politik, BMVg und Bundeswehr bereits diskutiert worden sind.

Die von den Freien Demokraten vorgeschlagenen Veränderungen lassen allerdings den Schluss zu, dass die Analyse nicht alle tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten vollständig umfasst hat. Die Vorschläge bedürfen daher der kritischen Begleitung durch den VBB.

Ohne an dieser Stelle auf Details eingehen zu können, darf konstatiert werden: Manche Vorschläge führen unseres Erachtens nicht zu effektiven Verbesserungen in der Bundeswehr, sondern sind kontraproduktiv.

Richtig ist zwar: Das komplexe Gefüge von Ministerium,

Streitkräften sowie Organisation und Personal, insbesondere auch in Bezug auf die Ausrüstung muss „in einem Guss“ betrachtet werden, damit es „wie aus einem Guss“ funktioniert. Wir vermissen an diesen Programmen der FDP jedoch die angemessene Würdigung des unverzichtbaren Anteils der zivilen Kolleginnen und Kollegen, der schlicht aus sachlichen und fachlichen Erwägungen notwendigen, tragenden Rollen – und zwar in der Bundeswehr, ob in Ministerium, Verwaltung oder Beschaffung. Dieser hier offensichtlich nicht oder nur einseitig analysierte Aspekt ist für das vollständige Bild, für ein vollständiges, rundes Reformprogramm jedweder Partei, die sich eine effektive Bundeswehr wünscht, unabdingbar.

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) ist in wesentlichen Schaltstellen der Bundeswehr in tragenden Positionen vertreten und verfügt über ein flächendeckendes Netz an Experten, im Ministerium, der Verwaltung in und außerhalb der Streitkräfte sowie der Beschaffung.

Wir stehen den Verteidigungsexperten der FDP daher gerne beratend und begleitend zur Verfügung. Wir werden uns aktiv an die Verteidigungspolitiker der FDP wenden, schon um das Bild der Bundeswehr insgesamt, des Ministeriums und Beschaffung, mit unserem Wissen zu vervollständigen und, soweit erforderlich, zu korrigieren.

Abschließend eine Anmerkung, die sich an alle im Bundestag vertretenen Parteien richtet:

Unsere Realität ist eine professionalisierte Bundeswehr ohne Wehrpflicht, die nicht zuletzt durch eine verbesserte Ausrüstung, gute Organisation und effektiven Personaleinsatz schlagkräftiger werden soll. Dafür steht auch der VBB. Es gewinnt für unsere Armee aber gerade deswegen zunehmend an Bedeutung, dass sowohl die historisch wohlherwogene Aufgabenteilung im Grundgesetz als auch der Primat der Politik in seiner parlamentarischen Verankerung und Garantie nicht angetastet werden darf. ■

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



www.vbb-bund.de



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de

Frau Präsidentin Hauröder-Strüning, Sie leiten das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr bereits seit 2017. Sicher war aber keines Ihrer Amtsjahre so turbulent wie die letzten zwölf Monate?

Zu Beginn meiner Amtszeit war ich der Meinung, dass ich die meisten meiner neuen Zuständigkeitsbereiche in allen Ausprägungen bereits kenne. Im Laufe meiner Vorverwendungen durfte ich ja schon vielfältige Erfahrungen im Bereich Infrastruktur und Umweltschutz sammeln. Den Bereich Dienstleistungen, sei es die Verpflegung oder das Travel Management, kannte ich natürlich aufgrund der Berührungspunkte innerhalb der Abteilung IUD des BMVg, in der ich langjährig tätig war.

Anfang 2017 mussten mein Leitungsbereich und ich uns aber wegen akuter Probleme sofort intensiv um das Thema und die Kolleginnen und Kollegen im Travel Management kümmern. Das war zu Beginn meiner Zeit als Präsidentin eine sehr fordernde Aufgabe. Wir haben es schließlich gemeinsam geschafft, das Travel Management auf den Stand zu bringen, den die Kunden und wir verdient haben. Darauf bin ich stolz und allen Beteiligten sehr dankbar.

Die Pandemie der letzten zwölf Monate bringt natürlich auch für unser Amt besondere Herausforderungen mit sich. Dazu gehört leider auch, dass sich in den vergangenen Monaten Angehörige des BAIUDBw im privaten Umfeld mit dem Virus infiziert haben. Diese Fälle bereiten mir natürlich Sorge. Umso dankbarer bin ich, dass bisher alle Betroffenen wieder genesen sind und wir im Kollegenkreis keine Sterbefälle zu betrauern haben. In diesem Zusammenhang hat sich bewährt, dass wir im BAIUDBw und seinen Dienststellen schon sehr früh

Interview mit Frau Präsidentin BAIUDBw Hauröder-Strüning



© Bundeswehr

auf eine konsequente Umsetzung von Hygiene- und Abstandsregeln gesetzt haben. Ebenso haben wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – dort wo es die Tätigkeit zulässt – selbstverständlich ein sicheres Arbeiten aus dem Homeoffice nahegelegt und ermöglicht. Allerdings hatten wir schon vor der Krise einen relativ hohen Anteil an Telearbeitern. Derzeit sind im Amt rund 89 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen mit einer mobilen IT-Ausstattung ausgestattet. Die strikte Umsetzung der Schutzmaßnahmen hat dazu geführt, dass wir auch in der Fläche, bei den Bundeswehr-Dienstleistungszentren, dem Zentrum Brandschutz oder dem Verpflegungsdienst der Bundeswehr,

ein Infektionsgeschehen haben, das deutlich unter dem öffentlichen Niveau verläuft. Seit Beginn der Krise stehen wir natürlich auch in sehr engem Austausch mit unseren Dienststellen im Ausland und haben damit einen guten Einblick in die Situation der europäischen Nachbarstaaten sowie den USA. Glücklicherweise sind auch hier bisher keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ernstlich erkrankt. Ich bin sehr stolz auf meine Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Dienststellen und auch im Amt, die die Verantwortung für die Gesundheit aller mittragen und die Maßnahmen mit Disziplin und Optimismus umsetzen. An dieser Stelle möchte ich besonders auch die Verantwort-

lichen im Bereich des Arbeitsschutzes dankend erwähnen, die für die gesamte Bundeswehr gemeinsam mit dem Kommando Sanitätsdienst die richtigen Empfehlungen und Entscheidungen treffen müssen. Auch den Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhausverwaltungen der Bundeswehrkrankenhäuser, die als Servicebereich vor Ort Teil der jeweiligen Bundeswehrdienstleistungszentren sind, gebührt natürlich besonderer Dank.

Und schließlich freue ich mich ganz besonders über die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten und Gremien meines Org-Bereichs, die sich gemeinsam mit uns für das Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen.

Trotz der Einschränkungen durch COVID-19 standen wir 2020 – und stehen wir auch in diesem Jahr – mit beiden Beinen im Tagesgeschäft. Ein Beispiel: Wir haben weiterhin den Infrastrukturbedarf der Bundeswehr im In- und Ausland sowie in den Einsätzen gedeckt. Mit Investitionen von rund 1,1 Milliarden Euro in nationale Baumaßnahmen konnte das Bauvolumen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht gesteigert werden. Entsprechend haben wir trotz Pandemie viele Bauvorhaben termingerecht an den Nutzer übergeben können. Die Bundeswehr-Feuerwache am Standort Altengrabow, die hochmoderne Standortschießanlage Eschbach oder die neue Sporthalle des Gebirgsjägerbataillons in Mittenwald sind hier nur einige Beispiele für erfolgreich abgeschlossene Projekte.

Das BAIUDBw trägt auch den Umweltschutz im Namen. Ein Thema, das nach Ende der Pandemie sicher wieder sehr stark in den Fokus rücken wird. Kann Ihr Amt da Schritt halten? >

Aus dem Bereich Umweltschutz möchte ich Ihnen beispielhaft von einem Projekt berichten: Im Juli haben wir auf dem Flugplatz der WTD 61 in Manching ein innovatives Grundwasser-Sanierungsprogramm gestartet. Diese erstmals in einer Bundeswehrliegenschaft ausgeführte Maßnahme soll zukünftig verhindern, dass mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) kontaminiertes Grundwasser das Kasernengelände verlässt. Dieses Projekt ist deswegen so wichtig, weil es eine weltweite PFC-Problematik gibt: Nicht nur Behörden, sondern auch private Unternehmen müssen sich heute den Altlasten aus per- und polyfluorierten Chemikalien stellen. Sie sehen, wir haben auch auf diesem wichtigen Feld nicht nur in der Bundeswehr eine Vorreiterrolle inne.

Das BAIUDBw ist für die Planung und Abrechnung von Dienstreisen der gesamten Bundeswehr verantwortlich. Ist hier in Zeiten von Reisebeschränkungen und Homeoffice Arbeitskraft frei geworden, die an anderer Stelle genutzt wurde?

Dienstreisen sind seit Beginn der Pandemie aus nachvollziehbaren Gründen deutlich zurückgegangen. Trotzdem war und ist das für das Travel Management absolut kein Grund, eine Arbeitspause einzulegen. Die Kolleginnen und Kollegen konnten die geringere Belastung durch das Reisegeschehen nutzen, die ausstehende notwendige Überprüfung des Abrechnungswesens abzuarbeiten. Aber der Bereich Travel Management besteht ja nicht nur aus dem Bereich Dienstreisen. Hier läuft das Geschäft auch im Bereich Trennungsgeld, Umzugskosten und vor allem bei der Beratung und bei Beschwerden unvermindert weiter. Mit der Festlegung der Krisenstufe 2a durch das auswärtige Amt kamen sogar zusätzliche Aufgaben für die Kolleginnen und Kollegen hinzu.

Natürlich haben wir bei der Fülle an Zuständigkeiten unseres Amtes niemals Mangel an Beschäftigung. Das Gegenteil ist der Fall – wir gewinnen neue Aufgaben hinzu: Im Juli 2017 wechselte die Verantwortung für den Vollzug und die Überwachung nach dem Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung für militärische Rohrfernleitungen von Landes- auf Bundesebene. Das BMVg übergab nun zum 1. Januar 2021 die Verantwortlichkeiten für die militärischen Pipelineanlagen dem BAIUDBw. Damit ist nunmehr erstmals eine einzige Bundesbehörde mit dem neuen Fachbereich „ÖrABw – militärisches Pipelinesystem“ als Genehmigungsbehörde für die Kraftstoffversorgung der Bundeswehr in Deutschland über das Pipelinesystem verantwortlich. Künftig wird sich bei uns ein neunköpfiges Team dieser neuen Aufgabe annehmen.

Frau Präsidentin, wir sprachen bereits über Herausforderungen in Zeiten von COVID-19. Birgt die Krise Ihrer Meinung nach auch Chancen für das BAIUDBw?

Die Pandemie hat sich zum Beschleuniger der Digitalisierung in allen Lebensbereichen entwickelt. Uns ist nun noch deutlicher bewusst geworden, dass auch die öffentliche Verwaltung mit diesen Anforderungen Schritt halten muss. Ich denke, da hat bei den meisten Beteiligten ein Bewusstseinswandel stattgefunden. Ich beobachte ganz konkret, dass zum Beispiel nicht nur die Akzeptanz gegenüber Online-Meetings, sondern auch die Offenheit digitale Kommunikation zu nutzen und sich die notwendigen Fertigkeiten anzueignen, rasant gewachsen sind. In vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung müssen wir uns daher selbstkritisch die Frage stellen, warum dieses Bewusstsein oder auch schlicht der Wille, diese Transformati-

on anzugehen, nicht schon vorher da war. Die Notwendigkeit der Digitalisierung ist selbstverständlich keine direkte Folge von COVID-19. Bereits davor war der Strukturwandel der Arbeitswelt in vollem Gange. Auch hier handelt es sich um ein globales Phänomen, das von der Bundeswehr und von uns als BAIUDBw nicht unbeachtet bleiben kann. Für uns sind diese Themen also nicht neu. Bereits in den letzten Jahren haben wir weitreichende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst auf den Weg gebracht und erfolgreich umgesetzt. Besonders die verstärkte Nutzung digitaler Kommunikation in den letzten Monaten hat bewiesen, dass uns noch viele Möglichkeiten offenstehen, um Dienst und Privatleben noch besser aufeinander abzustimmen. Zugegeben – für den nachgeordneten Bereich fehlt leider noch an mancher Stelle die IT-Ausstattung. Wir bemühen uns daher im Rahmen unserer Möglichkeiten, hier schnell abzuheften. Für mich ist deswegen klar, dass wir diesen schon eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen müssen, um auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben.

Wo liegen besondere Arbeitsschwerpunkte und worauf können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAIUDBw im laufenden Jahr einstellen?

Ein wichtiges Vorhaben hat das Ziel, das BAAINBw im Bereich der Beschaffung zu entlasten. Hierfür soll die Beschaffung von Material, das handelsüblich auf dem Markt zur Verfügung steht und keinen Waffensystembezug aufweist, in den sogenannten Einkauf der Bundeswehr überführt und durch das BAIUDBw übernommen werden. Das Verfahren wird damit kürzer und wir haben daneben die Möglichkeit, mit unseren dezentralen Stellen näher an der Truppe den Bedarf zu decken. Diese Anpassung können wir

nur gemeinsam mit dem BAAINBw angehen. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Bereich des Kommando Sanitätsdienst. Hier werden in der Mehrzahl handelsübliche Produkte benötigt.

Ein besonderes Augenmerk legen wir in diesem Jahr auch auf die Neuordnung der zivilen Brandschutzorganisation. Die zivile Brandschutzorganisation des Organisationsbereiches IUD ist für den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz der Bundeswehr im Inland zuständig. Der abwehrende Brandschutz wird dabei derzeit durch das Zentrum für Brandschutz mit seinen 53 Feuerwachen und vier Regionalstellen verantwortet.

Verbesserungen lassen sich natürlich nicht nur durch Umbau der Organisationsstruktur erreichen. So haben wir begonnen, auch unsere Arbeitsabläufe weiter zu optimieren. Hierfür haben wir zum Beispiel das Projekt „Gute Verwaltung“ ins Leben gerufen. Mithilfe dieser Initiative sollen unnötige administrative Hemmnisse im Arbeitsalltag identifiziert und dann abgebaut werden. Damit sollen Freiräume für ungestörtes, konzentriertes Arbeiten, Kreativität und Innovationen geschaffen werden. Schon kurz nach Projektstart wurden dazu 20 Maßnahmen identifiziert. Um weiterhin gute Arbeit zu leisten, bedarf es nach meiner Einschätzung auch weiterhin ehrlicher Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen. Daher freut es mich, dass wir zum Beispiel Dienstpostenhebungen nach A 13z und A 13/14 bei mehreren Bundeswehr-Dienstleistungszentren erreichen konnten. Ich denke, dass solche Signale sehr wichtig sind.

Grundsätzlich hoffe ich für 2021, dass wir unsere erfolgreiche Arbeit gemeinsam und vor allem gesund fortsetzen können. ■